

V3 Wir waren immer hier. Wir sind hier. Wir bleiben hier! – Queeres Leben schützen und stärken

Gremium: Geschlechterstrategieteam der GJ Hamburg
Beschlussdatum: 23.10.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Inhaltliche Anträge

Antragstext

Der Anschlag auf den Berliner CSD am 25. Juli 2026 war ein einschneidendes Erlebnis für die queere Community. Queere Menschen brauchen deutlich bessere Sicherheitsmaßnahmen: CSDs müssen politische Versammlungen bleiben, um weiterhin Schutz zu erfahren, Gesetze zum Schutz vor Gewalt müssen verschärft werden, um queeren Menschen auch rechtlichen Schutz einzuräumen und Anzeigen queerfeindlicher Taten zu erleichtern. Außerdem braucht es deutlich mehr Aufklärung und Beratungsstellen.

Es braucht besseren Schutz durch die Polizei, nicht einfach mehr Polizei. Die Polizei sollte die Bevölkerung schützen, geht aber viel zu oft selbst gewalttätig vor. Solange sie sexistisch, rassistisch und transfeindlich agiert und Menschen marginalisierter Gruppen häufig unter Polizeigewalt leiden, wollen wir nicht mehr Polizei. Wir fordern Fortbildung, Aufarbeitung der Fälle, Umstrukturierung und Antidiskriminierungsstellen innerhalb der Polizei, die an den LSBTIAQ*-Beauftragten der Polizei anknüpfen.

Dass Transfeindlichkeit im Zuge des Rechtsrucks immer weiter zunimmt, ist nicht Neues. Im Casa Kuà in Berlin kam es nun jedoch zu einer neuen Eskalation. Nach Schilderungen des Casa Kuà drangen am 18. Oktober 2026 Polizeibeamt*innen des LKA gewaltsam in „The Dolls“ ein, ein wöchentliches Treffen ausschließlich für transfeminine Personen. Sie stellten die Personalien aller Anwesenden fest, hielten sie bis zu vier Stunden fest, durchsuchten Räume und persönliche Gegenstände, brachen Schließfächer auf und beschlagnahmten mehrere Kisten. Anlass sind Ermittlungen wegen des Vorwurfs, verschreibungspflichtige Medikamente ohne Erlaubnis unentgeltlich an Dritte abgegeben zu haben. Dieses Eindringen in einen vermeintlichen Schutzraum für BiPoC trans*, transfeminine und genderqueere Personen durch die Staatsgewalt ist durch nichts zu rechtfertigen. Unsere Solidarität gilt dem Casa Kuà und allen Betroffenen dieser unglaublich invasiven Aktion. Die Polizei hat in selbstorganisierten Schutzräumen der Community nichts zu suchen!

Am 20. September 2026 haben wir als GRÜNE JUGEND Hamburg gemeinsam mit den Jusos Hamburg am Jungfernstieg zum Gegenprotest gegen eine Kundgebung des Vereins „Frauenheldinnen e. V.“ aufgerufen, der gegen die Gesundheitsversorgung von trans* Menschen und trans* Jugendlichen mobilisiert. Mehrere Hundert Menschen kamen zu unserer Gegendemo, zur Kundgebung nur etwa 25. Auch hier schützte die Polizei queere Menschen nicht verlässlich: Sie war nur bei der Kundgebung der Frauenheldinnen präsent. Teilnehmende unserer Demo wurden verbal angegriffen und körperlich eingeschüchtert und auch nach Aufforderung kam die Polizei nicht zu uns. Die Gegendemo hat gezeigt: In Hamburg ist kein Platz für Transfeindlichkeit, die Community steht zusammen und wir sind laut!

Diese Fälle stehen für einen Trend in ganz Deutschland. Laut Statista stieg die Zahl registrierter queerfeindlicher Straftaten von ca. 782 im Jahr 2020 auf fast 3.400 im Jahr 2025. Das belegt mangelnde Schutzmaßnahmen. Laut Verfassungsschutz

nehmen durch den Rechtsruck Ablehnung und Diskriminierung gegen queere Menschen deutlich zu. Von der Bundesregierung kommen dazu nur leere Worte und finanzielle Kürzungen. Selbst in seiner Rede beim Gedenkgottesdienst zum Anschlag auf den Berliner CSD sprach Kanzler Merz die queere Community mit „Meine Damen und Herren“ an und ließ damit alle trans*, inter*, nichtbinären, agender und genderqueeren Personen außen vor. Eine Rede an die queere Community darf so nicht beginnen! Um Vorfälle wie den Anschlag auf den Berliner CSD 2026 zu verhindern, braucht es mehr Unterstützung und Schutz statt queerfeindlichen Regierungshandelns.

Keine Sonderregister

Statt queere Menschen zu schützen, entstehen neue Instrumente der Erfassung: Sonderregister für trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen (TINA*). Die Innenministerkonferenz unter dem Vorsitz des Hamburger Innensenators Andy Grote hat beschlossen, dass Felder für ehemaliges Geschlecht und ehemaligen Vornamen im Melderegister geführt und von den Ländern genutzt werden können. Auch in Hamburg gab es im Sommer einen ersten Versuch, dies per Senatsbeschluss in der Sommerpause am Parlament vorbei durchzusetzen, angeblich zur „Verwaltungseffizienz“. In der Praxis machen diese Felder TINA*-Personen identifizierbar und angreifbar. Sie bedeuten ein Zwangsouting in der Verwaltung, widersprechen dem Offenbarungsverbot und ermöglichen über das Filtern der Meldedaten die Erstellung von Listen.

TINA*-Personen brauchen Schutz, keine Listen zur Verfolgung. Wir verweisen auf die Beschlusslage der GRÜNEN JUGEND Hamburg „Keine Rosa Listen 2.0!“ vom 18.10.2025 und bekräftigen ihre Forderungen: nicht unter Rot-Grün in Hamburg, nicht unter Grün-Schwarz in Baden-Württemberg und in keinem anderen Bundesland.

Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert ergänzend:

- Hamburg führt keine Sonderregister für TINA*-Personen ein und nutzt die Felder für ehemaliges Geschlecht und ehemaligen Vornamen im Melderegister nicht.
- Bündnis 90/Die Grünen wird aufgefordert, alle Parlamentarier*innen an die Parteigrundsätze zu erinnern und deutlich zu machen, dass diese nicht mit einem Sonderregister oder einer Sonderkennzeichnung vereinbar sind.

Gleichheit ins Grundgesetz

Queere Menschen brauchen Gesetze, die sie schützen, statt Gesetze, die de facto politische Verfolgung ermöglichen. Das Grundgesetz ist aus den Schrecken des Nationalsozialismus entstanden, schützt aber nicht alle damals verfolgten Gruppen vor Diskriminierung. Der Schutz vor Diskriminierung ist keine

79 Verhandlungsmasse für wechselnde Mehrheiten, sondern ein Grundrecht. Die GRÜNE
80 JUGEND Hamburg fordert deshalb:

- 81 • die Ergänzung von Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 GG um die Merkmale der sexuellen
82 Orientierung sowie der sexuellen und geschlechtlichen Identität
- 83 • dass der Hamburger Senat im Bundesrat konsequent für diese
84 Verfassungsänderung stimmt und sich nicht hinter Koalitionsfrieden oder
85 Verfahrensfragen versteckt
- 86 • dass CDU/CSU und SPD im Bundestag den vom Bundesrat beschlossenen
87 Gesetzentwurf nicht länger im Ausschuss verschleppen, sondern zügig
88 beraten und zustimmen
- 89 • dass Hamburg die Kampagne für die Grundgesetzänderung sichtbar unterstützt

90 Queeres Leben in Hamburg schützen

91 Der Hamburger Senat soll im Bundesrat und in Hamburg vorangehen, denn queeres
92 Leben in Hamburg ist bedroht. Beratungsstellen dürfen nicht immer wieder um
93 ihren Fortbestand bangen müssen. Es ist Zeit für finanzielle Beständigkeit und
94 langfristige Planbarkeit!

95 Bei gender affirming health care bestehen Versorgungslücken, die Wartezeiten
96 sind unzumutbar. Für viele TINA*-Personen, die eine Transition anstreben, führt
97 das zu einer massiven Verschlechterung der mentalen Gesundheit bis hin zum
98 Suizid. Selbstorganisierte Versorgung entsteht dort, wo das System versagt. Die
99 Antwort darauf ist nicht Kriminalisierung und Schikanierung, sondern das
100 Schließen der Versorgungslücken.

101 Die GRÜNE JUGEND Hamburg fordert:

- 102 • die langfristige Sicherung der Finanzierung der Hamburger Beratungsstellen
103 wie Magnus-Hirschfeld-Centrum, 4Be TransSuchtHilfe, Aidshilfe Hamburg e.
104 V., dolle deerns* e. V. und JungLesben*Zentrum
- 105 • einen eigenen Topf für Selbstorganisationen queerer Menschen mit
106 Rassismuserfahrungen, queerer Geflüchteter und queerer Menschen mit
107 Behinderung
- 108 • das Schließen der Versorgungslücken bei gender affirming health care, mit
109 einem Zugang, der nicht vom Geldbeutel abhängt

110 Der bundesweite Aktionsplan „Queer leben“ wurde Anfang 2026 für beendet erklärt.
111 Das ist ein Skandal! Der Hamburger Aktionsplan „Hamburg l(i)ebt vielfältig“ soll
112 hingegen erneut fortgeschrieben werden. Dafür fordern wir:

- 113 • dass das im Koalitionsvertrag verankerte Landesantidiskriminierungsgesetz
114 endlich 2027 kommt
- 115 • dass der Aktionsplan durchgehend intersektional gedacht wird, statt
116 Intersektionalität in einem Exkurs abzuhandeln, insbesondere mit Blick auf

117 queere Menschen mit Rassismuserfahrungen, queere Menschen mit Behinderung
118 und Armut im Kontext von Queerness

- 119 • dass die Pathologisierung intergeschlechtlicher Personen endet, mit einer
120 unabhängigen Pflichtberatung durch Peer-Beratung für Eltern von inter*
121 Kindern vor jeder medizinisch nicht notwendigen Operation und dem Ausbau
122 von Angeboten wie der 4Be InterHilfe

- 123 • dass die Begriffsdefinitionen im Aktionsplan aktualisiert werden. Die
124 Begriffsdefinitionen im Aktionsplan sind die Grundlage für die Maßnahmen
125 des Plans, auf dieser Basis wird also auch über mögliche Förderungen
126 entschieden. Hier müssen einige Definitionen, unter anderem die Definition
127 von Bi+Sexualität aktualisiert werden.

- 128 • dass Schutzmaßnahmen gegen queerfeindliche Übergriffe angesichts der
129 veränderten Bedrohungslage evaluiert und verbessert werden.

- 130 • dass die Freie und Hansestadt Hamburg, als große Arbeitgeberin der Stadt,
131 gezielt TINA*-Personen als Beschäftigte gewinnt und fördert. Mitarbeitende
132 in unseren Behörden haben täglich in vielen Verfahren mit TINA*-Personen
133 zu tun, etwa bei der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG).
134 Deshalb muss sie gezielt TINA*-Personen als Beschäftigte gewinnen und
135 fördern. So wird sichergestellt, dass TINA*-Personen in der Verwaltung auf
136 kompetente, sensibilisierte Ansprechpersonen treffen, idealerweise auf
137 solche mit eigener Erfahrung. Hier kann an das geplante LSBTIAQ*
138 Mitarbeitendennetzwerk in der FHH angeknüpft werden.

139 Wir gehen nirgendwo hin!

140 Karin Prien und ihr Ministerium hat Lambda, dem größten deutschlandweiten
141 Jugenddachverband für Queers, die Förderung gestrichen, viele wichtige Stellen
142 können nicht weiterfinanziert werden. Wir lassen uns nicht verkürzen!

143 Hamburg muss das Budget für queere Projekte im Haushalt fest verankern, erst
144 recht, wenn der Bund dieser Pflicht nicht nachkommt. Queere Räume sind keine
145 netten Freizeitangebote, sondern überlebenswichtig und dürfen in den
146 Haushaltsverhandlungen niemals Verhandlungsmasse sein. Hände weg von unseren
147 Communities!

Begründung

Antrag in einfacher Sprache.

Erstellt mit <https://barrierefreies.design/werkzeuge/ki-uebersetzer-in-leichte-sprache>

Titel: Wir waren immer hier. Wir sind hier. Wir bleiben hier! – Queeres Leben schützen und stärken

Der Anschlag auf den Berliner CSD war am 25. Juli 2026.

Er war schlimm für queere Menschen.

Queere Menschen brauchen mehr Schutz.

Schutz für queere Menschen

CSDs müssen politische Versammlungen bleiben.

So haben queere Menschen Schutz.

Gesetze gegen Gewalt müssen stärker werden.

Das hilft queeren Menschen bei Anzeigen.

Es braucht mehr Aufklärung und Beratungsstellen.

Polizei und Schutz

Queere Menschen brauchen besseren Schutz durch die Polizei.

Sie brauchen nicht mehr Polizei.

Die Polizei soll die Menschen schützen.

Aber oft ist die Polizei selbst gewalttätig.

Die Polizei ist oft sexistisch, rassistisch und transfeindlich.

Viele Menschen leiden unter Polizeigewalt.

Wir wollen nicht einfach mehr Polizei.

Wir fordern bessere Polizei

Wir fordern Fortbildung für die Polizei.

Die Polizei soll sich ändern.

Es soll Antidiskriminierungsstellen geben.

Vorfall im Casa Kuà

Am 18. Oktober 2026 gab es einen Vorfall im der Einrichtung Casa Kuà in Berlin.

Die Polizei drang gewaltsam in das Treffen „The Dolls“ ein.

Das ist ein Treffen für transfeminine Personen.

Die Polizei hielt alle bis zu 4 Stunden fest.

Sie durchsuchte Räume und persönliche Sachen.

Die Polizei brach Schließfächer auf.

Sie nahm mehrere Kisten mit.

Der Vorwurf ist, dass Medikamente ohne Erlaubnis gegeben wurden.

Das war ein Schutzraum für BIPOC trans*, transfeminine und genderqueere Personen.

Die Polizei hat dort nichts zu suchen.

Wir sind solidarisch mit dem Casa Kuà und den Betroffenen.

Diese Aktion war sehr invasiv.

Das es solche Aktion gibt, ist gefährlich.

Protest in Hamburg

Am 20. September 2026 gab es einen Gegenprotest in Hamburg.

Die GRÜNE JUGEND und die Jusos riefen dazu auf.

Sie protestierten gegen eine Kundgebung von „Frauenheldinnen e.V.“

Der Verein ist gegen die Gesundheits-Versorgung von trans* Menschen.

Mehrere Hundert Menschen kamen zum Gegenprotest.

Zur Kundgebung kamen nur etwa 25 Menschen.

Die Polizei schützte queere Menschen nicht gut.

Sie war nur bei der Kundgebung der Frauenheldinnen da.

Teilnehmende der Demo wurden verbal und körperlich angegriffen.

Die Polizei half nicht, obwohl sie darum gebeten wurde.

Die Gegendemo zeigte: In Hamburg ist kein Platz für Transfeindlichkeit.

Die Community steht zusammen und ist laut.

Zahlen und Politik

Die Fälle zeigen einen Trend in Deutschland.

Die Zahl queerfeindlicher Straftaten stieg von 782 im Jahr 2020 auf fast 3.400 im Jahr 2025.

Das zeigt, dass der Schutz fehlt.

Der Verfassungsschutz sagt, dass Ablehnung gegen queere Menschen steigt.

Die Bundesregierung sagt wenig und kürzt Geld.

Kanzler Merz sprach bei einem Gedenkgottesdienst zum Anschlag auf den Berliner CSD.

Er sagte „Meine Damen und Herren“.

Er sprach nicht alle queeren Menschen an.

So darf man die queere Community nicht ansprechen.

Wir brauchen mehr Schutz und Unterstützung.

Wir brauchen kein queerfeindliches Regierungshandeln.

So werden Anschläge und Angriffe wie oben beschrieben nicht verhindert.

Absatzüberschrift: Keine Sonderregister

Es gibt trans*, inter*, nichtbinäre und agender Personen.

Kurz werden diese Menschen als TINA*-Personen bezeichnet.

Diese Personen haben bei der Geburt ein Geschlecht zugeordnet bekommen, das nicht passt.

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz können diese Menschen ihren Namen und Geschlechtseintrag ändern.

Entscheidung der Innenministerkonferenz

Die Innenminister der aller Bundesländer haben nun eine große Entscheidung getroffen.

Im Melderegister soll es nun neue Daten erfasst werden.

Das Melderegister ist eine Liste mit Daten von allen Menschen.

Im Melderegister sollen nun der „alte Vorname“ und das „alte Geschlecht“ eingetragen werden.

Die Daten machen die TINA*-Personen sichtbar und angreifbar.

Die Bundesländer können jetzt die Felder im Melderegister einführen.

In Hamburg gab es einen Versuch, das heimlich zu machen.

Das ist in einer Koalition nicht in Ordnung.

Gefahr für TINA*-Personen

Die Felder machen TINA*-Personen angreifbar.

Sie verletzen das Gesetz zum Schutz der Daten.

Menschen in Behörden können dann immer sehen, dass eine Person trans* ist.

Das nennt man Zwangsouting.

Zwangsouting heißt, dass Menschen gegen ihren Willen sichtbar werden.

Man kann die Listen filtern und Listen mit Namen machen.

TINA*-Personen brauchen Schutz und keine Listen zur Verfolgung.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Die GRÜNE JUGEND Hamburg sagt: Keine neuen Listen für TINA*-Personen.

Hamburg soll die alten Daten nicht im Melderegister nutzen.

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen soll ihre Politiker*innen an die Regeln erinnern.

Die Regeln sagen: Keine Verfolgung, also keine Sonderlisten oder Sonderzeichen für TINA*-Personen.

Absatzüberschrift: Gleichheit ins Grundgesetz

Queere Menschen brauchen Schutz durch Gesetze.
Gesetze sollen keine politische Verfolgung erlauben.

Das Grundgesetz entstand nach dem Nationalsozialismus.
Im Grundgesetz steht: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
Es schützt aber nicht alle Gruppen vor Diskriminierung.
Schutz vor Diskriminierung ist ein Grundrecht.
Er darf nicht von Mehrheiten abhängen.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Artikel 3 im Grundgesetz soll ergänzt werden.
Er soll sexuelle Orientierung und Identität schützen.

Der Hamburger Senat soll im Bundesrat für die Änderung stimmen.
Er soll sich nicht hinter Koalitionsfrieden verstecken.

CDU, CSU und SPD sollen den Gesetzentwurf im Bundestag schnell beraten.
Sie sollen dem Gesetzentwurf zustimmen.

Hamburg soll die Kampagne für die Grundgesetzänderung unterstützen.
Die Unterstützung soll sichtbar sein.

Absatzüberschrift: Queeres Leben in Hamburg schützen

Der Hamburger Senat soll queeren Menschen helfen.
Queeres Leben in Hamburg ist bedroht.
Beratungsstellen brauchen Geld und Sicherheit.

Beratungsstellen sichern
Beratungsstellen dürfen nicht schließen.
Sie brauchen Geld für lange Zeit.
Das ist wichtig für die Menschen in Hamburg.

Gesundheit für TINA*-Personen
TINA* bedeutet trans, inter, nicht-binär und agender.
Vielen TINA*-Personen geht es nicht gut.
Diese Menschen brauchen Hilfe.
Viele TINA*-Personen warten lange auf Hilfe.
Das macht sie sehr traurig und krank.
Die mentale Gesundheit leidet sehr in dieser Zeit.
Manche denken an Suizid.
Das System hilft nicht genug.
Selbsthilfe ist wichtig, aber nicht genug.

Menschen dürfen nicht bestraft werden, weil sie trans* sind.
Die Lücken im Hilfesystem müssen geschlossen werden.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg

Beratungsstellen in Hamburg sollen mehr Geld bekommen.
Dieses Geld soll über viele Jahre sicher bezahlt werden.

Sie will Geld für Gruppen von queeren Menschen mit Rassismus, Flucht oder Behinderung.

Die Hilfe für TINA*-Personen soll besser werden.

Alle sollen die Hilfe bekommen, auch wenn sie wenig Geld haben.

Alle sollen die Hilfe bekommen, auch wenn sie Diskriminierung erleben.

Aktionspläne zu Queerem Leben

Der Aktionsplan Queer leben auf Bundesebene endet 2026.

Das ist ein Skandal.

Der Hamburger Aktionsplan "Hamburg l(i)ebt vielfältig" wird weitergehen.

Wir fordern dafür wichtige Dinge.

Gesetz gegen Diskriminierung

Das Landes-Antidiskriminierungs-Gesetz soll 2027 kommen.

Es steht im Koalitions-Vertrag.

Es muss jetzt endlich umgesetzt werden.

Intersektionalität im Plan

Der Plan soll alle betroffenen Menschen mitdenken.

Besonders queere Menschen mit Rassismuserfahrung, Behinderung und wenig Geld.

Intersektionalität darf kein Extra-Thema sein.

Hilfe für intergeschlechtliche Menschen

Die Krankheitserklärung für intergeschlechtliche Menschen soll enden.

Eltern von inter* Kindern bekommen Beratung vor Operationen.

Die Beratung machen Menschen mit eigener Erfahrung.

Angebote wie 4Be InterHilfe sollen wachsen.

Begriffe im Plan aktualisieren

Die Begriffe im Plan sind wichtig für die Arbeit.

Sie bestimmen, wer Geld bekommt.

Einige Definitionen müssen neu geschrieben werden.

Die Definition von Bi+Sexualität soll neu gemacht werden.

Schutz vor queerfeindlichen Angriffen

Schutz-Maßnahmen sollen geprüft und besser werden.

Die Gefahr für queere Menschen hat sich verändert.

TINA*-Personen in den Behörden

Die Stadt Hamburg soll mehr TINA*-Personen als Mitarbeitende einstellen.

Diese Menschen brauchen gute Ansprechpersonen in der Stadtverwaltung.

Das kann zu einem sensiblen Umgang führen.

Es soll ein Netzwerk für queere Mitarbeitende geben.

Absatzüberschrift: Wir gehen nirgendwo hin!

Karin Prien und ihr Ministerium haben die Förderung von Lambda gestoppt.

Lambda ist der größte Jugend-Dach-Verband für Queers in Deutschland.

Viele wichtige Stellen können nicht weiter bezahlt werden.

Förderung für queere Projekte

Hamburg muss Geld für queere Projekte fest einplanen.

Der Bund macht das nicht.

Queere Räume sind wichtig zum Leben.

Sie sind keine einfachen Freizeit-Angebote.
Sie dürfen bei Geld-Verhandlungen nicht wegfallen.
Wir sagen: Hände weg von unseren Communities!